



Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

📅 07.03.2019

GLEICHSTELLUNG

Internationaler Frauentag 2019



Anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentages am 8. März warnte die Staatssekretärin im Ministerium für Soziales und Integration Bärbl Mielich vor einem zunehmenden Erstarken von Positionen, die frauenpolitische Errungenschaften wieder in Frage stellen.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: „Leider erleben wir auch in gegenwärtigen Debatten immer wieder Stimmen, die mühsam erkämpfte Emanzipationsrechte und gesellschaftliche Offenheit rückabwickeln wollen. Bei aller Euphorie und trotz aller Sonntagsreden zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechts dürfen wir nicht vergessen, dass die Errungenschaften der Frauenbewegung nicht in Stein gemeißelt sind und jeden Tag aufs Neue verteidigt werden müssen.“

Die #MeToo-Bewegung, Debatten um Sexismus im Alltag und die immer noch vorhandene ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern in verschiedenen Berufsfeldern zeigten, dass bis zur vollständigen Gleichstellung noch ein beschwerlicher Weg zu gehen sei. Mielich wörtlich: „Wir stellen uns allen entgegen, die Gleichstellungspolitik als Genderwahn diffamieren, Frauen in Rollenbilder pressen wollen und mit sexistischen Sprüchen Frauen verunglimpfen.“

Frauen in Führungspositionen, Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, Rückkehrrecht in Vollzeit

Noch immer könnten Frauen nicht in gleichem Maß wie Männer auf allen politischen und beruflichen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben, sondern stießen oft genug an eine „gläserne Decke“, so die Staatssekretärin weiter. Daher setzte das Ministerium für Soziales und Integration in diesem Jahr einen Schwerpunkt seiner Politik auf die Stärkung von Frauen. Dazu gehöre beispielsweise die stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, Verwaltung und Politik. „Aktuell will unser Ministerium ein Programm erproben, das Frauen den Weg in Leitungspositionen erleichtern und sie kontinuierlich begleiten soll. Dieses Modell, das gerade in der Erarbeitung ist, soll als Blaupause für andere Einrichtungen im öffentlichen Dienst dienen“, so Mielich.

Frauen leisteten noch immer mehr unbezahlte Tätigkeiten als Männer – von der Erziehung von Kindern über die Pflege von Angehörigen bis zu Ehrenämtern und Hausarbeit, so die Staatssekretärin. „Wir kämpfen deshalb für das Recht aller Frauen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, ohne befürchten zu müssen, nicht wieder auf die ehemalige Vollzeitstelle zurückkehren zu können. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf darf nicht nur proklamiert, sie muss gelebt werden. Ebenso setzen wir uns für eine gleichwertige Bezahlung von Männern und Frauen durch ein wirksames Entgeltgleichheitsgesetz ein.“

Auch Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, werde man künftig noch besser helfen, sagte Mielich abschließend: „So wollen wir die Frauen- und Kinderschutzhäuser in Baden-Württemberg deutlich stärken und flächendeckend ausbauen.“